

## Bericht der DGSPJ anlässlich der Mitgliederversammlung am 09.09.2022

### Aktueller Vorstand (Amtsperiode Jan 2020 - Dez 2022)

Prof. Dr. Ute Thyen, Lübeck
Dr. Andreas Oberle, Stuttgart
Dr. Christoph Kretzschmar, Dresden
Dr. Ulrike Horacek, Dortmund
Dr. Ute Mendes, Berlin
Prof. Dr. Volker Mall, München
Präsident
Vize-Präsident
Schatzmeister
Beisitzerin
Beisitzerin
Schriftführer

#### Politische Arbeit

Die DGSPJ setzt sich weiterhin für die gesicherte Finanzierung der Leistungen in den SPZ ein. Zu Beginn der Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen der Ampelkoalition wurden die "neuen" Gesundheitspolitiker:innen angeschrieben und u.a. auf die Notwendigkeit hingewiesen, die bisher trennenden Schnittstellen in der Finanzierung und Organisation der medizinischen und nichtmedizinischen Leistungen für Kinder und Jugendliche mit Handicaps, zu überwinden (Pressemitteilung). Ein ausführlicher Bericht über die Offensive der DGSPJ ist in der Kinderärztlichen Praxis (online hier) veröffentlicht. Im Sondierungspapier der Koalition stand: "Wir konzentrieren uns auf die Kinder, die am meisten Unterstützung brauchen." …"Gleichzeitig wollen wir… Teilhabe stärken. Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam darauf hinwirken, dass jedes Kind die gleiche Chance auf Entwicklung und Verwirklichung hat."

In den Koalitionsvertrag wurde folgende Aufgabe aufgenommen: "Für ein diverses und barrierefreies Gesundheitswesen erarbeiten wir mit den Beteiligten bis Ende 2022 einen Aktionsplan, stärken die Versorgung schwerstbehinderter Kinder und entlasten ihre Familien von Bürokratie. Die Medizinischen Behandlungszentren für Erwachsene mit geistiger Behinderung oder schweren Mehrfachbehinderungen sowie die Sozialpädiatrischen Zentren bauen wir in allen Bundesländern aus." Vertiefende Gespräche werden fortgeführt.

### Themenfeld "Aus-, Fort- und Weiterbildung"

Die Bestrebungen, eine Zusatzweiterbildung "Spezielle Sozialpädiatrie" (ZWB SSP) zu etablieren, wird weiterhin kontinuierlich verfolgt. Dabei haben sich in den letzten drei Jahren unterschiedliche Diskussionsstränge und Themenfelder ergeben: (1) In intensiven und konstruktiven Gesprächen mit der DGKJ und ihren Konventgesellschaften wurde die Notwendigkeit einer Öffnung für alle Kinder und Jugendlichen mit chronischen Gesundheitsstörungen und gefährdeter oder beeinträchtigter Teilhabe deutlich. Dies ist in den Entwurf für eine Zusatzweiterbildung Spezielle Sozialpädiatrie insofern eingegangen, dass ihre Belange explizit adressiert wurden und die Ärzt:innen in Weiterbildung in anderen Zusatzweiterbildungen und Schwerpunkten leichteren Zugang zu einer berufsbegleitenden ZWB SSP haben sollten. Dieser Aspekt wurde auch vom Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) begrüßt, dass damit auch hausärztlich tätige oder in spezialisierter Praxis tätige Ärzt:innen eine Möglichkeit hätten, sich in diesem Fach weiterzubilden. (2) Der Diskussionsprozess um Möglichkeiten einer berufsbegleitenden Zusatzweiterbildung bedurfte vieler Beratungen durch Expert:innen insbesondere aus den Landesärztekammern, aber aus Sicht der DGSPJ ist es gelungen, eine Konzeption zu entwickeln, wie in Weiterbildungsverbünden und durch eine starke kompetenzbasierte Ausrichtung der Kompetenzerwerb sichergestellt werden kann. Dennoch sind viele Fragen hinsichtlich der Skalierbarkeit, der Transparenz, der Vergleichbarkeit und der Überprüfung der Qualität der Ausbildung insbesondere aus juristischer Sicht noch nicht abschließend klärbar. (3) In diesem Sinn hat sich ein weiterer Diskussionsprozess entwickelt, der

vorrangig in den Gremien der Ständigen Konferenz für Weiterbildungsfragen der 17 Landesärztekammern geführt wird. Hier geht es um die Grenzziehung, was einer Zusatzweiterbildung und was einer Fortbildung entspricht. Die DGSPJ hält an der Notwendigkeit einer klinischen Ausbildung an (und mit) Patient:innen fest, was den Rahmen einer Fortbildung deutlich überschreitet. (4) Der Diskussionsprozess mit der DGKJP wurde ebenfalls fortgesetzt. Während auf der klinischen Ebene und der der regionalen Versorgungsstrukturen wenig Kontroversen bestehen, geht es auf der Meta-Ebene um Diskussionen der Fachgrenzen zwischen Kinder- und Jugendmedizin und Kinder- und Jugendpsychiatrie insgesamt. Wir möchten gerne insbesondere die übergreifende Stärkung der Kinderfächer in den Vordergrund der Diskussion rücken und sehen gute Möglichkeiten für den Austausch im Bündnis für Kinder- und Jugendgesundheit. Zum aktuellen Zeitpunkt kann nicht sicher abgeschätzt werden, ob eine erneute Antragstellung im Rahmen des Deutschen Ärztetag 2023 in Essen zielführend ist. Der Vorstand dankt den vielen Mitgliedern der DGSPJ, die uns auf der Ebene der Landesärztekammern durch zahllose Gespräche unterstützt haben. Auch ist die an einer Zusatzweiterbildung Spezielle Sozialpädiatrie interessierte Community innerhalb der DGSPJ sehr gewachsen.

### **Fortbildung**

Der neugegründete Fachausschuss ICF-CY setzt nach einer pandemiebedingten Pause seine Arbeit fort. Der Auftrag des Ausschusses ist, nachhaltige und gemeinsame Kooperations- und Fortbildungskonzepte in der Frühförderung und der Sozialpädiatrie zu entwickeln. Der Vorstand unterstützt die Arbeit durch die Bereitstellung von Mitteln und Ressourcen und hält einen engen Schulterschluss mit der Vereinigung Interdisziplinäre Frühförderung für notwendig im Sinne einer guten Transition der betreuten Kinder und Jugendlichen zwischen den Systemen.

Unsere Fortbildung Curriculum Sozialpädiatrie erfreut sich weiterhin großer Nachfrage, sie wird von mehreren SPZ sowie Ärztekammern angeboten.

### Themenfeld "ÖGD/ Public Health/ Prävention und Gesundheitsförderung"

Über mandatierte Vertreter:innen aus der DGSPJ werden nach wie vor Aspekte der Bevölkerungsgesundheit und Prävention in verschiedene Gremien, darunter auch in interministerielle Arbeitsgruppen eingebracht. Im Berichtsjahr waren diese thematisch weit überwiegend auf Themen im Kontext der COVID-19-Pandemie ausgerichtet. Der Expertenrat der Bundesregierung (Mitglieder Prof. Berner, Prof. Dötsch) hat einstimmig die Fortsetzung der interministeriellen Arbeitsgruppe empfohlen, in der Frau Dr. Ulrike Horacek als Vertreterin der DAKJ / Bündnis Kinder- und Jugendgesundheit mitwirkt. (siehe 7. Stellungnahme des Expert:innenrates der Bundesregierung zu COVID-19: "Zur Notwendigkeit einer prioritären Berücksichtigung des Kindeswohls in der Pandemie").

### Kaiserin-Auguste-Victoria-Kommission für Prävention

Die Kommission hat beim Kongress für Kinder- und Jugendmedizin 2021 ein Symposium gestaltet, welches sich mit kommunaler Prävention und Verwirklichung der Kinderrechte in ihrer Lebenswelt befasste.

### Fachausschuss ÖGD in der DGSPJ

Anfang 2022 konnte ein neuer Fachausschuss ÖGD in der DGSPJ etabliert werden. Er setzt sich aus insgesamt 18 Mitgliedern zusammen (Ärzt:innen und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger:innen aus kommunalen und Landeseinrichtungen des ÖGD). Die Notwendigkeit, Kinder- und Jugendgesundheitsdienste in den Gesundheitsämtern wieder mit ihren originären Aufgaben kommunaler Daseins- und Gesundheitsfürsorge zu betrauen, steht im Mittelpunkt der Bemühungen und wurde durch Veröffentlichungen vorangebracht. Hierzu gehören u.a. Kohortenvergleiche von Einschulungskindern vor und nach der Pandemie. Der Fachausschuss hat eine Stellungnahme zum geplanten Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit erstellt und will darauf hinwirken, dass auch hier

der kommunale ÖGD bzw. die Kinder- und Jugendgesundheitsdienste in vielerlei Hinsicht Berücksichtigung und Beachtung finden (Child Public Health – Öffentliche Kinder- und Jugendgesundheit und ihre Sachwalter). Die DGSPJ koordiniert die politische Begleitung der Gründung und des Aufbaus eines Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit, in dem die BZgA aufgehen soll (siehe Koalitionsvertrag).

Über die Präsidentin und die Fachausschusssprecherin besteht eine Verbindung zum Zukunftsforum Public Health. In Bezug auf das projektierte Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit soll Child Public Health befördert werden, d.h. ins allgemeine Bewusstsein und in die Gestaltung der Lebensverhältnisse stärker als bisher eingebracht werden. Die DGSPJ hat eine öffentliche Stellungnahme diesbezüglich maßgeblich mit erarbeitet und mitgezeichnet (Stellungnahme zum geplanten "Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit" aus der Perspektive von Public Health).

# Themenfeld "Qualitätssicherung"

#### Leitlinien

Die DGSPJ ist aktuell an der Erstellung von 24 medizinischen Leitlinien beteiligt; bei einer davon als federführende Fachgesellschaft. Die Übersicht dazu findet sich auf der Homepage der DGSPJ; sie wird halbjährlich aktualisiert.

#### Heil- und Hilfsmittelversorgung

Das Aktionsbündnis für bedarfsgerechte Heil- und Hilfsmittelversorgung, in dem die DGSPJ Mitglied ist, ist in einen aktiven Austausch mit Mitgliedern des Bundestages, dem Bundesbeauftragten für Belange von Menschen mit Behinderungen, Patienten- und Pflegebeauftragten getreten. Eine Expertise mit dem Titel "Bedarfsgerechte Hilfsmittelversorgung für Kinder und Jugendliche – Probleme und Handlungsoptionen" wurde veröffentlicht.

Die AG Hilfsmittelversorgung der BAG SPZ plant, Bachelor-/Masterarbeiten auszuschreiben, um das Feld der Hilfsmittelversorgung in den SPZ zu beleuchten. Des Weiteren soll ein einheitliches Verordnungsblatt für Hilfsmittel in den SPZ und ein Fortbildungsmodul zum Thema Hilfsmittelversorgung entwickelt werden.

#### **Digitalisierung**

Die AG Digitalisierung der BAG SPZ befasst sich aktuell u.a. mit folgenden Themen: Anbindung der SPZ an die Telematik-Infrastruktur, Anfragen zu App-Nutzung in der sozialpädiatrischen Versorgung, Videosprechstunde und digitale Kommunikation im SPZ, Aufbau eines Intranets Sozialpädiatrie.

## SPZ-Zertifizierung

Die Einführung eines SPZ-spezifischen Qualitätssiegels wurde in der BAG SPZ diskutiert und angenommen. Das Qualitätssiegel SPZ wird von der DGSPJ vergeben als eine Auszeichnung und Bestätigung für Sozialpädiatrische Zentren, die die Qualitätskriterien entsprechend des Altöttinger Papiers erfüllen. Die Durchführung, Bewertung und Veröffentlichung sollen in Kooperation mit der GKinD stattfinden.

#### Bündnis Kinder- und Jugendgesundheit (Nachfolge der DAKJ)

Die DGSPJ stellt aktuell den stv. Vorstandsvorsitzenden und beteiligt sich aktiv am Aufbau des neuen Bündnisses.

Gez.

Prof. Dr. Ute Thyen und Dr. Andreas Oberle Präsidentin Vize-Präsident